

Protokoll

der Sitzung des Behindertenbeirats der Universitätsstadt Marburg am 02.03.2023

Beginn: 16.30 Uhr
Ende: 18.50 Uhr

Anwesend: Siehe Anwesenheitsliste

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Breiner, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Ackermann (Stadt MR), Herrn Altmann (Fa. Zeus), und Frau Dörr (MR Stadt und Land Tourismus GmbH), sowie 3 Vertreter des ASTA MR/Nextbike

TOP 2: Das Protokoll vom 24. November 2022 genehmigen

Das Protokoll wird mit einer Ergänzung genehmigt: Frau Schroll hatte erklärt, dass sie aus der AG Digitalisierung aussteige, aber gerne für diesbezügliche Fragen künftig zur Verfügung stehe.

TOP 3: Einführung von E-Scootern/-Rollern der Zeus GmbH in Marburg, Herr Altmann

Herr Ackermann von der Straßenverkehrsbehörde Marburg erläutert zunächst, dass die Stadt Marburg seit 2,5 Jahren mit der Fa. Zeus in Kontakt stehe und dass der Austausch konstruktiv gewesen sei.

Die Firma sei sehr kooperativ. Sie habe das Projekt bereits dem Seniorenbeirat vorgestellt. Herr Altmann ist Geschäftsführer der Firma Zeus und kündigt an, in seinem Vortrag vor dem Behindertenbeitrag bewusst auf Power-Point-Folien zu verzichten, um sehbehinderte und blinde Mitglieder nicht auszuschließen.

Er kündigt an, dass er sich über Feedback freut und hofft, dieses dann in sein Projekt einbauen zu können.

Er geht davon aus, dass es sich bei uns nicht um aktive Nutzer*innen von E-Scootern handelt, sondern um eine eher passive Betroffenenengruppe.

- Das E-Scooter-System gibt es seit 3 Jahren.
- E-Scooter unterscheiden sich von Fahrrädern dadurch, dass sie vorne 2 Räder haben und einen Motorantrieb.

- Die Lenker von E-Scootern sind mit 40cm schmaler als die Lenker von Fahrrädern (60cm).
- Durch die 3 Räder sind E-Scooter deutlich stabiler als Fahrräder und können nicht so leicht umfallen.
- Die Fahrzeuge stehen nicht zum Verkauf, sondern sollen ausschließlich verliehen werden (so wie die Nextbike-Fahrräder auch).
- Es kommt ein sog. stationsbasiertes Modell zum Tragen, d.h. die E-Scooter sind nur über feste Abstellflächen oder Parkzonen ausleihbar.
- Ein E-Scooter kann erst abgestellt werden bzw. die Fahrt beendet werden, wenn er auf einem dafür vorgesehenen Parkplatz steht.
- Man kann den E-Scooter nicht irgendwo abstellen, so dass die E-Scooter nicht irgendwo in der Stadt „rumfliegen“ können.
- Der Vertrieb der E-Scooter erfolgt dezentral.
- Die Firma Zeus beliefert nur mittelgroße Städte; das ist ihr Konzept. Die Firma hat mit der Stadt Hagen angefangen und dort gute Erfahrungen gemacht. Marburg ist die zweite Stadt, die beliefert werden soll.
- Die E-Scooter werden über eine App gesteuert, d.h. man muss ein Smartphone dafür haben.
- Es gibt eine Handy-Halterung am E-Scooter.
- Nach jeder Fahrt muss ein Foto von dem Parkplatz gemacht werden und das Foto muss an die Firma eingesandt werden. Dann kann die Firma kontrollieren, ob der Nutzer richtig parkt. Wenn nicht, wird er beim ersten Mal Falschparken verwarnet. Beim zweiten Mal Falschparken muss er 30 € Buße zahlen. Beim dritten Mal wird er von einer weiteren Nutzung von E-Scootern ausgeschlossen.
- Alle Daten und Probleme werden mit der Stadt ausgetauscht.
- Das Ziel ist die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung des Projekts.
- Es gibt einen festangestellten Mitarbeiter der Firma in der Stadt. Der macht den Kundenservice und kann angerufen werden. Er hilft innerhalb von 4 Stunden.
- Am Fahrzeug gibt es eine Karte mit Telefonnummer und Internetadresse der Firma.
- Als Standorte für die E-Scooter werden die gleichen Standorte wie für die *Nextbike*-Fahrräder verwendet. Ungefähr 60 Standorte sind vorqualifiziert. Eine Karte gibt es noch nicht.
- Die Stadt Marburg arbeitet bei der Auswahl der Standorte mit der Firma Zeus zusammen. Enge Flächen werden von vorneherein ausgeschlossen.
- Die E-Scooter dürfen nicht auf Gehwegen, nur auf Fahrradwegen und auf Straßen gefahren werden.
- Jeder E-Scooter hat eine Klingel. (Warnsignale über die App wären zu laut, deshalb macht man das nicht.)
- Es soll Fahrverbots-Zonen geben, wo keine E-Scooter fahren dürfen, z.B. in der Oberstadt, wo es besonders eng ist.
- Wenn jemand in eine gesperrte Zone fahren will, schaltet das GPS-System in der App den Motor aus und gibt den Fahrer ein Warnsignal. Er muss dann auf die Karte gucken und sieht, dass er da nicht fahren darf. Es gibt also „digitale Zäune“, die das Falsch-Fahren verhindern sollen.

- Erst wenn ein E-Scooter in einer Parkzone ordnungsgemäß abgestellt ist, kann man die App beenden. Ansonsten läuft die App und damit der Zahlvorgang weiter.
- Einen E-Scooter kann man nicht mit in einen Bus nehmen, obwohl das in Marburg mit den vielen Steigungen praktisch wäre. Aber dieses Verbot bedeutet einen Diebstahlschutz. Sonst könnte jemand einen E-Scooter mit in Bus oder Bahn nehmen und damit weit wegfahren.
- Ein E-Scooter schafft eine Steigung von ca. 10%. Bei einer Steigung von z.B. 15% würde er sehr sehr langsam.
- Die Firma wird die Strecken in Marburg abfahren und prüfen.
- Die Standorte könne an die Bedürfnisse der Bürger*innen angepasst werden, d.h. notfalls verlegt oder erweitert werden.
- Die Firma Zeus plant einen Beginn mit 100-120 E-Scootern. (Andere Städte haben 250).
- Die E-Scooter sind über eine Haftpflichtversicherung komplett versichert.
- Die Firma Zeus ist ein nachhaltiger Betrieb, weil sie CO2-Abgase vermeidet und den Lärm in der Stadt vermindert.
- Am Protesttag am 5.Mai soll es eine Kampagne mit einer Show geben, wo die E-Scooter ausprobiert werden können, speziell von Menschen mit Behinderungen. Notfalls werden dafür Straßen gesperrt.

Diskussion und Kritik:

- Es gibt von vielen Seiten starke Bedenken („schlechtes Bauchgefühl“), dass demnächst E-Scooter auch auf Gehwegen rumflitzen und Rollifahrer*innen oder sehbehinderte oder ältere Menschen gefährden.
- Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass das E-Scooter-System z.B. in Hamburg und Berlin überhaupt nicht funktioniert und dauernd Menschen über rumliegende Geräte fallen und es viele Unfälle gibt.
- E-Scooter sind leise und werden deshalb schlechter gehört als Fahrräder. Sie können bis zu 20 Std/km fahren. Da ergibt sich eine hohe Unfallgefahr.
- Blinde Frauen sind nach solchen Unfällen (mit Fahrradfahrer*innen) erfahrungsgemäß massiv traumatisiert und trauen sich nicht mehr raus.
- Es gibt Skepsis, ob ein Foto nach dem Parken reicht. Wenn jemand einen E-Scooter falsch abgestellt hat, kann in der Zwischenzeit ein blinder oder sehbehinderter Mensch drüber fallen.
- Es gibt Zweifel, ob die digitalen Zäune („geo-fencing“) wirklich funktionieren. Es kann sein, dass das GPS-Signal verzögert kommt und der Nutzer dann doch in die gesperrte Fußgängerzone einfahren kann? – Herr Altmann antwortet, Die Erfahrungen von 3 Jahren zeigen: Dieser Fall komme sehr selten vor. Jeder Nutzer erhält über die App eine Einweisung und eine Land-Karte und wird dadurch informiert. Außerdem soll eine kleine Karte am E-Scooter hängen.
- Kann es sein, dass andere Firmen irgendwann sehen, dass E-Scooter in Marburg gut angenommen werden und einfach ihre E-Scooter in der Stadt abladen? Herr Altmann antwortet, dass das möglich, aber eher unwahrscheinlich ist. (Die Stadt kann andere Firmen nur verhindern, wenn es insgesamt zu viele E-Scooter in Marburg gibt.).

- Als Gefahrenzone wird u.a. der Fußgängerweg neben dem Fahrradweg in der Wilhelmstraße benannt. Dort müsste der Fahrradweg auf die Straße verlegt werden. Herr Ackermann von der Straßenverkehrsbehörde erklärt, dass es einige schwierige Stellen gibt, die sie „sukzessive abarbeiten“.

Der Behindertenbeirat soll eine Stellungnahme erarbeiten und diese über Frau Hühnlein an Herrn Ackermann weiterleiten. Diese soll in eine „freiwillige Selbsterklärung“ eingearbeitet werden. Diese Stellungnahme soll im Behindertenbeirat verteilt werden.

TOP 4: Vorstellung des Frauen-Treffs, Frau Theiss (Gleichberechtigungs-Referat der Stadt Marburg) und Frau Schroll (Behindertenbeirat)

- Beide organisieren die Frauentreffs seit 2021.
- Die Behindertenrechtskonvention fordert die Möglichkeit der Teilhabe aller im städtischen Leben.
- Eine Neuauflage des Projekts ist von 2022-2025 geplant.
- Die Veranstaltungen sind für Frauen mit und ohne Behinderungen gedacht.
- Jede Frau soll bedarfsgerecht unterstützt werden (mit Assistenz, Gebärdendolmetscher*innen oder Fahrdiensten).
- Es gab bisher wenige, aber schöne Veranstaltungen (Kreativnachmittage, Zumba-Tanzen, Stadtführungen u.a. Besichtigungen)
- Diese Teilhabemöglichkeit kann man über Email erfahren. Es wäre gut, wenn auch Männer ihren Frauen davon erzählen würden, damit mehr Frauen davon erfahren.
- gleichberechtigungsreferat@marburg-stadt.de
- Es gibt außerdem das Projekt „Teilhabe für alle“, das Frau Vera Peitzmeier plant (mit Musik, Eselswanderung u.a.). Wünsche können geäußert werden.

TOP 5: Berichte aus den Arbeitsgruppen

A: AG Leichte Sprache

Die AG hat sich nicht getroffen.

B: AG Bau und Verkehr

Frau Dörr von der MSLT berichtet über die geplante Verlegung des Tourismus-Büros vom Erwin-Piscator-Haus in die Bahnhofstraße. Frau Dörr war früher in Hessen im Bereich Inklusion tätig und hat sich u.a. um Arbeitsplätze für behinderte Jugendliche und um psychisch kranke Erwachsene gekümmert. Die Belange von Menschen mit Behinderungen seien ihr also nicht fremd.

Frau Dörr klärt am Anfang zunächst, dass die Touristik-GmbH kein Fachdienst der Stadt Marburg ist, sondern eine GmbH, die Stadt und Landkreis versorgt. Davon hängen die Fördergelder ab.

Warum soll das Tourismusbüro umziehen?

- Am Bahnhof könne ein Tourismusbüro die Besucherströme lenken, z.B. auch in umliegende Orte, die touristisch auch attraktiv sind, so wie Kirchhain und Neustadt.
- Die Besucherströme seien im EPH zurückgegangen auf ca. 15.000 Personen, während das Tourismus-Büro in der Wettergasse 20.000 verzeichnet habe.
- Die GmbH hätte auf die Dauer 2 Standorte in nur 400m Entfernung nicht geduldet.
- Das Angebot würde künftig optimiert: Wettergasse 6 und Bahnhofstraße 25 (dort, wo bis jetzt ein Blumenladen war).
- „Reisen für alle“, auch für Menschen mit Behinderungen.
- Problem 1: Der Blumenladen ist bisher nicht barrierefrei, weil es 2 Stufen gibt. Frau Dörr erklärt, dass ein Lift vor dem Eingang geplant ist. Dafür werde der Boden „ausgekoffert“; es gäbe auf dem Lift eine Begrenzung auf 4 Seiten, so dass ein Rollstuhl nicht runterrollen kann. Danach zieht sich der Lift wieder in die Erde zurück., sodass andere Besucher reinkönnten. (Ein solcher Lift existiert in Lohr am Main.)
- Problem 2: Das Büro in der Wettergasse ist auch nicht barrierefrei. Dort gibt es eine (schiefe) Stufe (6cm – 12cm.) Dort ist geplant, das Straßenpflaster anzuheben. Ebenso der Einbau einer automatischen Tür.

Es gibt heftige Kritik von allen Seiten:

- Zuerst hätte man vor der Planung den Behindertenbeirat und/oder den VDK miteinbeziehen müssen, weil es dort kompetente Fachkräfte gibt, die sich seit Jahrzehnten mit dem Bau und Umbau von barrierefreien Häusern und Wohnungen beschäftigen. Vom Runden Tisch Bauen bis zur AG Bau gibt es genügend Personal und Expertise, das seit Jahrzehnten beratend zur Seite steht. Der Umbau von städtischen Häusern in Bad Endbach und Neustadt zeigt, dass tolle Lösungen möglich sind.
- Beide Büros werden auch nach den geplanten Umbauten nicht „barrierefrei“, sondern allenfalls „barrierearm“ sein.
- **Barrierefrei bedeutet, dass ich als behinderter Mensch an jeden Ort einer Stadt ohne fremde Hilfe in ein Gebäude reinkommen kann.**
- **Barrierefrei bedeutet, dass ich das Angebot nutzen kann, das anderen Menschen selbstverständlich offensteht.**
- **§4 des Bundesgleichstellungsgesetzes fordert, dass Räume „in gleicher Weise“ nutzbar sein sollen.**
- Das, was geplant wird, entspricht diesem Anspruch nicht! Das EPH war eine gute Lösung. Die Bahnhofstraße ist eine Verschlechterung.
- Jahrelange leidvolle Erfahrungen von Rollifahrer*innen mit nichtfunktionierender Technik zeigen, dass, wenn ich erst außen irgendwo klingeln muss, dann warten muss, bis ich gesehen/gehört werde und dann ein*e Mitarbeiter*in erst einen Schlüssel oder eine Fernbedienung für den Lift suchen muss und dann der Lift aus irgendwelchen Gründen klemmt - dann sind das alles reale und/oder auch emotionale Barrieren, die einen mobilitäts-behinderten Menschen oft von vorneherein ausschließen.
- Tourismusbüros in anderen Städten sind nicht nur barrierefrei, sondern haben z.T. auch noch barrierefreie Toiletten. Warum kriegt Marburg so etwas nicht hin??

- Das jetzige Tourismusbüro im EPH war ebenerdig und damit absolut barrierefrei. Das, was geplant ist, bedeutet eine deutliche Verschlechterung!
- Das gilt nicht nur für Rollifahrer*innen, sondern auch für gehbehinderte ältere Menschen, für die jede Stufe eine Katastrophe ist, weil sie Angst haben, das Gleichgewicht zu verlieren. Ein Geländer zusätzlich ist unbedingt notwendig.
- Mit dem Rollstuhl in die Oberstadt fahren zu müssen, ist bei den Steigungen und dem holprigen Kopfsteinpflaster wenig attraktiv, zumal viele Rollifahrer*innen ohnehin schon Rückenprobleme haben.
- Der Hinweis von Frau Dörr, dass es in der Bahnhofstraße ca.130m weiter ein weiteres Büro gäbe, das mit Aufzug im 2. Stock barrierefrei sei, kann in keiner Weise überzeugen.
- Ebenso wenig überzeugt die Ankündigung von Frau Dörr von einem geplanten „SB-Info-Point“ im EPH. Es ist bekannt, dass nicht nur Menschen mit kognitiven Einschränkungen, wozu phasenweise auch Menschen mit psychischen Beeinträchtigung gehören, sondern auch generell ältere Menschen lieber von einem Menschen etwas erklärt bekommen möchten, anstatt sich mit einer Maschine rumquälen zu müssen.
- Frau Dörr verspricht auf Nachfrage, dass der Umzug vom EPH in die Bahnhofstraße erst dann vollzogen wird, wenn die geplante Plattformlösung wirklich funktioniert (was noch gar nicht sicher ist): „Wir werden so lange daran arbeiten, bis es eine akzeptable Lösung gibt.“
- Frau Dörr erklärt außerdem, dass sie ca. 3 Monate im Bahnhofsbereich im Umkreis von 500 m nach einem anderen besseren Raum gesucht hat, und keinen gefunden hat. Die DB hätte im Bahnhof einen geeigneten Raum gehabt, hätte aber erklärt, der sei fertig umgebaut und sie hätten keine Lust, den umzunutzen.
- Bei der Mehrheit ist der Eindruck entstanden, dass die GmbH andere Belange in den Vordergrund gestellt hat und den Aspekt der Barrierefreiheit vernachlässigt hat. Und dass man jetzt versucht, die Planung nachträglich durch den Behindertenbeirat zu legitimieren.
- Auf Nachfrage ergänzt Frau Dinnebier abschließend, dass der Mietvertrag wahrscheinlich schon unterzeichnet sei. Der Aufsichtsrat der GmbH hätte letztes Jahr zusammen mit dem Landkreis Biedenkopf und dem Magistrat entschieden. Für die Frage der Barrierefreiheit habe es ein nur kurzes Zeitfenster gegeben. D.h. es scheint alles abgeschlossen zu sein.

Herr Breiner berichtet, dass Frau Müller von der BI Verkehrswende Kontakt zu ihm aufgenommen hat, um gemeinsame Interessen der BI und des Behindertenbeirates auszuloten. Im Gespräch wurde deutlich, dass die BI vorwiegend die Interessen der Fahrradfahrer*innen vertritt. Herr Breiner ergänzt, dass die Interessen der Fahrradgruppe z.T. konträr zu den Interessen von Menschen mit Behinderungen lägen. Er verweist auf einen monatlichen Treff an jedem 1. Mittwoch im Lutherischen Kirchhof am Teehäuschen.

C: AG Inklusion für Kinder und Jugendliche

Herr Breiner verweist auf das ausführliche Protokoll der AG im Anhang der Einladung. Frau Mayer ergänzt, dass die AG sich mit dem Neubau der Mosaikschule beschäftigen will und ansonsten nach und nach Personen aus dem Schulbereich einlädt, um sich ein Bild von der Lage von behinderten Kindern und Jugendlichen machen zu können.

TOP 6: Sprechen und Entscheiden über Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 7: Der Magistrat hat beschlossen

Es gibt keine Beschlüsse zu Anliegen des Behindertenbeirats.

TOP 8: Infos von anderen Gremien

A: Landesbehindertenrat (LBR)

Es liegen keine Informationen vor.

B: Behindertenbeirat des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Frau Schroll hat Informationen beim Vorsitzenden des Beirats, Frank Bernhard, eingeholt:

Der Landrat wurde bei einem Besuch des Beirats gebeten, diesen mehr bei Baumaßnahmen des Kreises mit einzubeziehen.

So beschäftigt sich der Beirat z.Zt. mit dem Neubau des Kreishauses.

Des Weiteren wurde eine Gefahrenstelle auf dem Radweg Fronhausen-Argenstein inspiziert.

Weiter befasst sich der Beirat mit der Einführung des Bürgergeldes.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Beirats z.B. durch Anschreiben der Kommunen, was zu Terminen in 5 Rathäusern geführt hat.

C: Seniorenbeirat

Es ist diesmal kein*e Vertreter*in des Seniorenbeirats anwesend um Informationen weiterzugeben.

D: Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa)

Herausragendes Ereignis war der Besuch des Bundeskanzlers mit Diskussion und Übergabe von Forderungen. Olaf Scholz erhielt einen Hoodie des KiJuPa.

E: Fahrgastbeirat

Der Fahrgastbeirat hat über den Sonder-/Notfahrplan diskutiert. Es wurde die Ungeduld über die lange Dauer der Sonderfahrpläne zum Ausdruck gebracht. Die Probleme fehlenden Personals und des Krankenstandes wurden von Seiten der Stadtwerke dargelegt. Mit einer Rückkehr zum normalen Fahrplan ist nicht vor acht bis zehn Wochen zu rechnen.

Einzelne Verbesserungen sollen je nach Personallage schon vorab erfolgen.

Eine Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan soll vor der Sommerpause stattfinden.

Das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren mit der Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen wird nach den Osterferien beginnen.

Erörtert wurde auch die Einführung des Deutschlandtickets, zu dem die Landesregierung über verschiedene Sozialtickets nachdenkt.

Das Deutschlandticket soll nur in digitaler Form erhältlich sein. Gedacht ist aber auch an ein Ticket in Kartenform, zu bekommen evtl. in der Mobilitätszentrale.

TOP 9: Veränderungen bei den Mitgliedern und Termine vom Behindertenbeirat

Frau Kräling, gewähltes Mitglied des Beirats, ist aus Marburg weggezogen.

Nachfolgerin ist Frau Isabella Brawata.

Frau Strube, beratendes Mitglied für das Diakonische Werk, ist ebenfalls verzogen.

Nachfolgerin wird voraussichtlich Frau Britta Wolff sein.

TOP 10: Verschiedenes

Es wird nachgefragt, ob sich das fib, wie angekündigt, um die Schulung der Verkehrsunternehmen gekümmert hätte. Herr Breiner antwortet, dass Frau Ingiulla erkrankt sei und dass sich von Seiten des fib bisher niemand dazu bereit erklärt habe. Herr Ackermann von der Straßenverkehrsbehörde sei aber informiert worden und sei auch interessiert. Der Punkt sei also nicht vergessen worden.

Frau Mayer hat im Sommer 2021 über den Barrierenmelder angezeigt, dass an der Treppe zum Behringhäuschen Geländer fehlen. Nach längerer Zeit sind zwar Geländer angebracht worden. Es fehlt aber noch ein Stück für 4 Stufen von Gisonenweg aus.

Herr Breiner erinnert an die Vereinbarung, dass jedes Mitglied des Beirats bei seiner Bank die Barrierefreiheit insbesondere auch der Bankautomaten und die Kostenfreiheit für durch Behinderung bedingte Hilfeleistungen, wie z.B. Hilfe bei Ausfüllen von Dokumenten, Überweisungen etc., überprüft. Je nach Ergebnis der Überprüfung sollen dann Bankenvertreter*innen vom Behindertenbeirat zu Stellungnahmen eingeladen werden.

Frau Luft verweist darauf, dass bei McDonalds Drive-In Wehrda zwar ein Bordstein auf der einen Straßenseite abgesenkt wurde, aber der andere immer noch hoch ist, sodass man mit dem Rolli zwar runter auf die Straße kommt, aber nicht wieder hoch und dass man dann ein sehr langes Stück die Straße langfahren muss, um wieder hochzukommen – ein Missstand, der eigentlich beseitigt werden sollte.

Frau Methner muss um 18.30 die Sitzung verlassen., weil sie um 19.00 einen anderen wichtigen Termin hat. Herr Breiner übernimmt das Protokollieren.

Der Vorsitzende bedankt sich für die aufmerksame Beteiligung der Sitzungsteilnehmer*innen und weist auf die nächste Sitzung am 25.05.2023 hin.

Gez.

Franz Breiner
Sitzungsleiter

Gez.

Amélie Methner
Protokollantin